

## **„Die Landesherrn“ – Ein Abgesang auf die Siedlungsutopie**

Im Vorwort zu „Adonei Haaretz“ („Die Landesherrn“) teilen uns die Autoren mit, daß das vorliegende Werk die erste umfassende Studie zum Projekt der jüdischen Besiedlung der von Israel besetzten Gebiete sei. In der Tat handelt sich um ein sehr umfangreiches, wichtiges Werk, unerlässlich für das Verständnis des Phänomens der jüdischen Besiedlung Judäas, Samarias (Westjordanland) und des Gazastreifens. Das Siedlungsphänomen gehört zu den prägenden Elementen der heutigen israelischen Realität. Zweifellos beeinflusst keine andere Bevölkerungsgruppe – gemessen an ihrer Größe – unser Leben auf sämtlichen Ebenen, in der Politik, in der Wirtschaft und in den Belangen der Sicherheit, so stark wie die Siedler. Diese Gruppe zählt wohlgernekt nur rund 250.000 Personen, die wiederum mehrheitlich sogenannten nicht ideologische Siedlungen wie Ariel und Maale Adumim bewohnen, primär aus wirtschaftlichen Erwägungen. Die Autoren sind sich dieser Tatsache offensichtlich bewußt und konzentrieren sich in ihrer Studie auf den zahlenmäßig relativ begrenzten harten ideologischen Siedlerkern, auf die Gruppe der führenden Aktivisten, denen es mit unermüdlichem Einsatz, beeindruckender Risikobereitschaft und durch brillanten Umgang mit den Instrumenten der Politik, der Ideologie, der öffentlichen Meinung und der Medien gelungen ist, einen ganzen Staat hinter sich in das Siedlungsabenteuer zu stürzen.

Es geht den Autoren, Akiva Eldar und Idit Zertal, aber nicht um eine nüchterne, sich mit Einzelheiten beschäftigende Beschreibung des Siedlungsphänomens. Zahlen, Tabellen und anderes statistisches Material sind dünn gesät. Dennoch fehlt es nicht an wissenschaftlicher Vertiefung. Jede Behauptung ist durch Tatsachen und Zitate belegt. Vereinfacht ausgedrückt, fragen die Autoren nicht nach dem „was“, sondern nach dem „wie“. Insofern wäre dieses Werk eher dem Bereich Staatswissenschaften bzw. Politologie zuzurechnen als dem Fach Geschichte, und dementsprechend ist auch sein Aufbau. Beispielsweise liefert das Buch eine gründliche Analyse der Ideologie von „Gush Emunim“ und deren Wurzeln, nimmt jedoch kaum Bezug auf den wirtschaftlichen Preis des Besiedlungsunternehmens, da dieser Aspekt weder Aussagen liefert über die Beschaffenheit der Beziehungen zwischen der israelischen Gesellschaft und Politik, einerseits, und den Siedlern, andererseits, noch darüber, wie es möglich war, daß wir so tief in den Siedlungssumpf eingesunken sind. Die Untersuchung des wirtschaftlichen Aspekts dieses Phänomens hätte vielleicht dazu beigetragen, unsere jahrelange Blindheit zu verdeutlichen, sie aber nicht erklärt. Wir brauchen Antworten auf diese Fragen, und Eldar und Zertal liefern sie uns.

Bereich für Bereich, Zeitabschnitt für Zeitabschnitt breiten die Autoren vor uns aus, wie sich der Staat Israel von einem bedrohtem, aber nach Frieden gesinnten Staat zu einem Besatzerstaat verwandelte, der ein anderes Volk beherrscht und dabei dessen Rechte, das internationale Recht und ethische Grundsätze verletzt. Nein, Israel ist kein diktatorischer, grausamer und verwerflicher Staat. Was unserem Land geschah ist historisch vermutlich am ehesten noch mit den Geschehnissen in den Südstaaten der USA vor Ausbruch des Bürgerkrieges vergleichbar. Dort entwickelte sich damals ein merkwürdiger Dualismus von Gesetzesnormen und öffentlichem Bewußtsein, eine Mischung von tiefem Respekt für die Grundsätze von Freiheit und Demokratie, dem Grundfundament der Vereinigten Staaten, und moderner Sklaverei. Auch Israel kennt eine solche Dualität: Einerseits sind wir tatsächlich die einzige Demokratie im Nahen Osten, andererseits klammern wir uns an eine Besatzung, die ihresgleichen sucht in der fortschrittlichen Welt.

Der ideelle Erfolg des Besiedlungsprojekts (ohne den die erfolgreiche Umsetzung nicht möglich gewesen wäre) ruht auf zwei Pfeilern: erstens, auf der extremen Ideologie des Siedlerkerns („Gush Emunim“ und ähnliche, später gegründete Organisationen), und zweitens, auf der Empfänglichkeit der allgemeinen Gesellschaft für diese Ideologie, d.h. darauf, daß wir sie jahrelang verinnerlicht und zu einem Teil des nationalen Konsens gemacht haben. Diese beiden Aspekte, die Entstehung der Siedlerideologie und deren allmähliche Verwurzelung im öffentlichen Bewußtsein, werden im Buch sehr treffend analysiert. Die israelische Gesellschaft gehört nicht zu den gesündesten der Welt. Belastend auf die Entwicklung des öffentlichen Bewußtseins wirkte das Vermächtnis der Diaspora und vor allem der schreckliche Schatten der Schoah, das Gefühl der Isolierung und die ständige Bedrohung durch die arabischen Staaten, messianisch-religiöse Einstellungen („Auserwähltes Volk“, „Licht der Heiden“) sowie viele weitere ruinöse Faktoren, die unser natürliches „Immunsystem“ geschwächt und uns zu Besatzern gemacht haben. Die Genesung von dieser schweren Krankheit ist sehr leidvoll. Das Buch von Eldar und Zertal hilft uns dabei insofern, als es die Ursprünge der Krankheit und deren Entwicklung aufzeigt.

Ein kritisches Wort zum Abschluß des Vorworts: „Die Landesherren“ ist ein besonderes Buch, das einerseits aus einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse besteht und andererseits mit der persönlichen Meinung der Autoren zu den Siedlern angereichert ist. Es handelt sich im Grunde genommen um ein politisch-ideologisches Manifest, gestützt auf rund

600 Seiten Beweisen. Es ist also eher ein Manifest als ein wissenschaftliches Traktat. Das Buch ist äußerst emotionell geschrieben. Das ist verständlich: Für viele Israelis sind die Siedlungen eine zu unglückliche und zu verheerende Entwicklung, als daß sie sich rein sachlich damit auseinandersetzen könnten. Ihrer Meinung nach haben wir für dieses grundsätzlich amoralische, zweck- und zukunftslose Projekt bisher einen sehr hohen Preis bezahlt und tun es nach wie vor, in wirtschaftlicher Hinsicht, was unser internationales Ansehen anbelangt und – vor allem – im Hinblick auf die menschlichen Opfer. Die Gefühle von Eldar und Zertal sind verständlich, meines Erachtens beeinträchtigt diese Eigenschaft jedoch den Erziehungs- bzw. Aufklärungswert des Buches und verstößt an bestimmten Stellen sogar gegen die Regeln des guten Geschmacks. Daß man sich mit persönlichen Urteilen zum Forschungsgegenstand zurückhalten sollte, müßte den Autoren – dem Journalisten und vor allem auch der Historikerin – eigentlich bekannt sein.

### **Das erste Kapitel – „Aus Böcklein wurden Ziegenböcke“**

Der Anfang der Besatzung fiel in die Amtszeit einer Regierungskoalition unter Führung des Listenbündnisses Ma'arach [isr. Arbeiterpartei und Vereinigte Arbeiterpartei (Mapam)] und war somit pragmatischer Ausprägung. Die besetzten Gebiete wurden von Israel nicht annektiert. Man betrachtete sie einerseits als Faustpfand für zukünftige Friedensverhandlungen und andererseits als strategisch-territoriales Instrument zur Verbesserung der Sicherheitslage des Staates. Man war grundsätzlich gewillt, auf Teile dieser besetzten Gebiete gegen Frieden zu verzichten und andere strategisch wichtige Teile unter israelischer Kontrolle zu belassen.

Gleichzeitig wurden aber auch noch andere Standpunkte entwickelt und propagiert. Einen solchen Standpunkt legten die Geheimdienste unmittelbar nach dem Sechstagekrieg in einem Positionspapier für den damaligen Ministerpräsidenten Levi Eschkol dar. Darin wird vorgeschlagen, auf dem größten Teil des Westjordanlandes so rasch wie möglich einen Israel freundlich gesinnten Palästinenserstaat zu errichten, verbunden mit kleinen Grenzkorrekturen und Gebietsaustausch. Wäre dieser revolutionäre Plan angenommen worden, hätte die Geschichte, so die Autoren wörtlich, einen anderen Lauf genommen. Ein weiterer Ansatz der Minister Yigael Alon und Israel Galili, den geistigen Schülern von Yitzchak Tabenkin [wichtiger Führer der isr. Arbeiterbewegung] maß der Besiedlung und der territorialen

Kontrolle große Bedeutung bei. Yigael Alon, der sich damals in einem parteiinternen Machtkampf mit Moshe Dayan befand, nahm einen ostentativ extremen Standpunkt ein und wurde zum Schutzpatron der Siedler in der Regierung Eshkol. Dayan selbst schlug den sogenannten Plan der fünf Fäuste vor. Auch dieser Plan sah weder Annexion noch israelische Souveränität oder langfristiger Kontrolle des gesamten Westjordanlandes vor, sondern nur die Kontrolle gewisser, strategisch wichtiger Gebiete. Von da bis zur schrankenlosen Besiedlung des gesamten Gebietes war es noch ein weiter Weg.

Die Ansiedlung von [isr.] Zivilisten in den besetzten Gebieten nahm ihren Anfang im Raum Gush-Etzion [südlich von Jerusalem], unter Führung bestimmter Figuren, allen voran Rabbi Moshe Levinger und Chanan Porat, ein Sproß einer Familie, die während des Unabhängigkeitskrieges aus dieser Region vertrieben worden war. Die Vertreibung aus Gush Etzion, begleitet von der totalen Zerstörung der dortigen Siedlungen und der Ermordung vieler Siedler, galt als traumatisches Ereignis, das Wiedergutmachung verlangte. Porat nutzte diesen Umstand, um die Mauer des Pragmatismus der Regierung zu durchbrechen, sowohl in direkten Gesprächen mit Regierungschef Eshkol und seinen Ministern, als auch durch eine PR-Kampagne in der Öffentlichkeit. Die Rückkehr nach Gush Etzion schien außenpolitisch vielleicht problematisch, aber in der Sache gerechtfertigt. „Nicht nur für nationalistische Kreise war die Rückkehr nach Kfar Etzion, wie auch der Vorstoß in die Jerusalemer Altstadt ein ermutigender Präzedenzfall: Sowohl die amtierende Regierung, als auch die folgenden Regierungen sahen ihre Politik bestätigt, angesichts der relativ milden Reaktion des Auslands und der israelischen Linken. Nachdem sich ein erster Riß im Damm gebildet hatte, war die Fortsetzung nur noch eine Frage der Zeit“ (S. 27).

Am 27. September 1967 trafen die ersten Siedler in Gush Etzion ein. Die folgenden Schritte – die [jüd.] Besiedlung Hebrons – ließen nicht lange auf sich warten. Sie markierten eine bedeutende Entwicklung im Handlungsmuster der Siedler. Erstens, die Rückkehr nach Hebron wurde nicht mit Ereignissen aus der jüngsten Vergangenheit gerechtfertigt, sondern mit biblischen Argumenten. Zum ersten Mal entwickelte sich hier die uns heute so vertraute Mischung von historischen und messianisch-religiösen Argumenten (nur das Sicherheitsargument fehlte noch). Zweitens, wurde hier erstmals versucht, Tatsachen zu schaffen, bestimmte politische Situationen auszunützen, mit Täuschmanövern zu operieren und offen gegen das Gesetz zu verstoßen, was sich als effektive Taktik erwies. Eine Siedlergruppe unter Führung von Rabbi Levinger bat den regionalen Militärkommandanten

um Erlaubnis, sich 48 Stunden im Hotel Park in Hebron aufhalten zu dürfen, um dort das Pessachfest zu feiern. Nach Ablauf dieser Frist weigerten sich die Siedler, den Ort wieder zu verlassen.

Das war die erste Herausforderung des Staates in der Auseinandersetzung mit den Siedlern und seine erste bittere Niederlage. Getragen von der Euphorie und dem nationalen Hochgefühl nach dem Sieg im Sechstagekrieg, genossen die Siedler breite Unterstützung sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit. Eshkol war politisch angeschlagen und hatte, obwohl er gegen das „Hebron-Abenteuer“ war und „kochte wie ein auf 100 Grad aufgeheizter Boiler“, wie er sich angesichts der Vorgänge und der demonstrativen Unterstützung ausdrückte, die seine Minister Alon und Dayan den Siedlern gewährten, nicht den Mut, gegen die vorherrschende Stimmung zu handeln. Die Siedler in Hebron genossen breite Unterstützung in der Regierung und in der Öffentlichkeit, und das Wenige, was man tun konnte, um den Eindruck der totalen Kapitulation zu vermeiden, war, die Siedler in die neue Siedlung neben Hebron, Kiriath Arba, zu überführen.

In Kiriath Arba machten sich jene Merkmale bemerkbar, die später auch viele andere Siedlungen kennzeichneten wie etwa die fehlende wirtschaftliche Existenzgrundlage. Entgegen der Hoffnung der Siedlerpioniere in Kiriath Arba blieb der Massenansturm der israelischen Bevölkerung auf die neue Siedlung aus. Ein Großteil der Wohnungen, die der Staat dort errichtet hatte und zu symbolischen Preisen zur Miete ausschrieb, blieb leer. Auch eine Wirtschaft entwickelte sich dort nicht. Die meisten Bewohner waren Talmudstudenten oder Erbringer von Dienstleistungen für Talmudschulen. Es war eine Geisterstadt, die statt wirtschaftlicher Prosperität den Gründerkern von Elon Moreh hervorbrachte, „die Gründerväter der massiven Besiedlung von Samaria, dem nördlichen Westjordanland, die aus den Gründern von Kiriath Arba hervorgegangen waren und laut Siedlerpionieren auch den Grundstein zu[r jüdischen Siedlerbewegung] Gush Emunim legten“ (S. 50).

Als nächstes Ziel wurden die Anhöhen Samarias ins Visier genommen. Es wurden Familien und Einzelpersonen gesucht, die bereit waren, ihre Wohnungen in Kiriath Arba aufzugeben und sich für die Errichtung einer neuen Siedlung zur Verfügung zu stellen. Die Siedlung – vorläufig nur in der Phantasie der Siedler – hieß Elon Moreh. Der Lokalratspräsident von Kiriath Arba und Mitbegründer von Gush [Emunim] Beni Katzover bemerkte dazu: „Beim Kampf um Kiriath Arba haben wir wertvolle Erfahrungen gesammelt im Hinblick auf die

Vorbereitungsarbeit, die politische Lobby und die Kontakte mit Behördenvertretern“ (S. 51). Die ursprüngliche Absicht war also, den Erfolg von Kiriat Arba mit Hilfe der bekannten Taktik zu kopieren. Doch der Yom-Kippur-Krieg machte den Anführern der Siedler einen Strich durch die Rechnung: Nach dem Krieg begann man sich in Israel ernsthaft Gedanken über die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs zu machen. Israels Kontrolle über die besetzten Gebiete wurde nicht mehr als endgültig und selbstverständlich betrachtet. Abrupt ergab sich nun für die Siedler die Notwendigkeit, sich an das Land festzuklammern, d.h. Tatsachen zu schaffen und mit dem Staat auf direkte Konfrontation zu gehen. „’Damals wurde uns klar, daß das Spielchen zu Ende war’, rekapituliert Katzover, ‚weder politische Verhandlungen noch Austausch von Gefälligkeiten mit Galili, sondern raus aufs Land!’“ (S. 51).

Der erste Landbesetzungsversuch ereignete sich im Juni 1974 in der Übergangsphase zwischen der Amtszeit von Golda Meir und Yitzchak Rabin. Die Siedler informierten die Regierung zwar im voraus über ihre Absichten und versuchten, eine Bewilligung einzuholen, machten aber gleichzeitig deutlich, daß sie ihr Vorhaben auch ohne Bewilligung durchführen würden. „Die Räumung“, heißt es im Buch wörtlich, „verlief relativ ruhig. Doch die Bilder von Handgemengen zwischen Soldaten und jungen Siedlern mit Käppchen setzten sich im israelischen Kollektivbewußtsein fest. Sie führten der Aktion nicht nur mehr Anhänger zu, sondern schwächten auch der entschlossene Gegner“ (S. 52). Anderthalb Monate später unternahmen die Siedler einen zweiten Landbesetzungsversuch, dieses Mal an der alten Bahnstation Sebastia, begleitet von zahlreichen Anhängern, darunter auch Journalisten und Politiker. Nach der gewaltsamen Räumung kam es zu einer ersten Begegnung zwischen dem Siedlerkern von Elon Moreh und der Führung von Gush Emunim, an der beschlossen wurde, die beiden Bewegungen zu vereinen. „Gush Emunim“ wurde zur überparteilichen Bewegung erklärt mit folgendem Programm: „Faktische Besiedlung des Landes“. Alle folgenden zahlreichen Aktionen zwischen 1975 und 1976, darunter die vier Landbesetzungsversuche bei Sebastia, waren das Werk von „Gush Emunim“.

Doch erst die Änderung der Taktik führte zum Durchbruch und zur massiven und ostentativen Ansiedlung von Juden innerhalb arabischer Bevölkerungskonzentrationen in den besetzten Gebieten. Ironischerweise kam der zündende Einfall ausgerechnet von einem Mitglied der Arbeitspartei, nämlich von Yanait Ben-Zvi, der Frau des Staatspräsidenten Yitzchak Ben-Zvi. Auf einer Tour durch Samaria mit Chanan Porat schlug sie vor, neue Ansiedlungen als

„Arbeitsgruppen“ zu beginnen. Die Führung von Gush Emunim war begeistert. Durch einen Bauunternehmer, der in der betreffenden Gegend Arbeiten für das Militär ausführte, erhielten erste Siedler den Status von Arbeitern und gründeten das „Arbeitslager Ofra“.

Die Siedler setzten ihre Pläne jedoch nicht sofort in die Tat um. Sie warteten den in politischer Hinsicht geeigneten Zeitpunkt ab, und erst nach acht Monaten, nach dem Unabhängigkeitstag 1975, kampierten sie zum ersten Mal vor Ort. Der Mann, der dieser Aktion den offiziellen Segen erteilte und sogar anordnete, den Siedlern Stromgeneratoren zu geben und „ein Minimum an Sicherheit“, war Shimon Peres, damals Verteidigungsminister. Von diesem Tag an arbeiteten die Siedler mit Hochdruck an der Festigung ihrer Präsenz vor Ort. Sie sammelten Spenden, richteten Gebäude her, umzäunten das Gelände (des ehemaligen, verlassenem jordanischen Militärlagers Ein Yabrud) und deckten sich mit Waffen ein. Je mehr sich die Kunde von dieser Aktion verbreitete, desto mehr Freiwillige meldeten sich zur Arbeit und zum Aufenthalt vor Ort. Die breite Öffentlichkeit erfuhr von diesem Lager bzw. von dieser Siedlung erst nach einigen Monaten später, im Juni 1975, in einer Meldung der Zeitung „Haaretz“. Was Gush Emunim zuvor durch großangelegte propagandistische Aktionen nicht gelungen war, erreichte sie nun durch kontinuierliche stille Faktenschaffung.

Die Gegner der Siedler, darunter Yossi Sarid, damals ein junger Knessetabgeordneter, waren besonders aufgebracht über die Tatsache, daß im Gegensatz zum Präzedenzfall Kiriath Arba in Ofra eine eigentliche Siedlung entstand ohne entsprechenden Regierungsbeschluß und ohne daß diese Angelegenheit im Kabinett vorher je zur Sprache gekommen war. Niemand hatte die Entwicklung von Ofra bemerkt oder dagegen Einspruch erhoben, und inzwischen war die Siedlung so stark gewachsen, daß an eine gewaltsame Räumung nicht mehr zu denken war. Dieses Fiasko war der semantischen Konstruktion „Arbeitslager“ zu verdanken. Das änderte jedoch nichts daran, daß Ofra noch „reingewaschen“ werden mußte. Sie war auf einen legalen Status angewiesen. Die politische Kraft, die auf den entsprechenden Beschluß hinarbeitete, war Shimon Peres, der sich später zum Erzfeind der Siedler entwickelte. Schließlich kam die Angelegenheit vor den Ausschuß für Siedlungsfragen, die von einem guten Freund der Siedler in der israelischen Linken, Minister Israel Galili, geleitet wurde. Der Beschluß des Ausschusses, Ofra als legale Siedlung anzuerkennen, wurde vom Kabinett ohne Widerspruch in einem Regierungsbeschluß bestätigt.

Obwohl sich die „Arbeitslager“-Taktik noch mehrmals bewähren sollte, hatte auch die Methode der demonstrativen Besiedlung noch nicht ausgedient. Eine weitere Gelegenheit dazu bot sich dem Siedlerkern von Elon Moreh ganz unverhofft: Am 10. September 1975 fällte die UNO einen ihrer problematischsten Beschlüsse, die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus. Die Empörung in Israel und in der jüdischen Welt war groß. Der feindselige Beschluß half den Siedlern, den „Ethos des Unabhängigkeitskampfes“ wiederzubeleben (S. 68). Die Idee, diesen Beschluß auszunützen, kam den Siedlern sofort, doch sie warteten das Chanukka-Fest [jüdisches Lichterfest im Winter] ab. Während des Chanukka-Festes fand in Israel eine Solidaritätskonferenz der jüdischen Weltgemeinschaft statt. Das Timing war perfekt: Vor den Augen der jüdischen Weltgemeinschaft, deren Vertreter aus Protest gegen den UNO-Beschluß nach Israel gekommen waren, konnte sich die Regierung ihren eigenen Bürgern, den „guten Juden“, die das Land Israel besiedeln wollten, nicht widersetzen. Die Landbesetzung von Sebastia bei Tulkarem vollzog sich fast ungehindert, trotz offenkundiger Illegalität. Im nachhinein wählte Ministerpräsident Rabin die Verhandlungsoption und schickte Peres zu den Siedlern. Die Gespräche führten zu einem Kompromiß, der die Mehrheit der Siedler zum Rückzug verpflichtete und 30 Siedlern den Verbleib im nahegelegenen Kadum-Militärcamp erlaubte.

Vielfach entstand der Eindruck, daß die letzten Hemmschwellen gefallen waren, und die Kapitulation der Regierung vor den Siedlern der ungehinderten Besiedlung der besetzten Gebiete Tür und Tor geöffnet hatte. Das Knessetmitglied Yossi Sarid sprach von der „Verletzung des Grundsatzes, wonach über die Räumung nicht verhandelt werde“. Es kam zu gegenseitigen Beschuldigungen in der Arbeitspartei. Rabin beschuldigte Peres, und Peres beschuldigte die restlichen Kabinettsmitglieder, nicht den Mut gehabt zu haben, gegen die vorherrschende Stimmung zu handeln und nicht resolut gegen die Gesetzesbrecher unter den Siedlern vorgegangen zu sein. Am 9. Mai 1976, rund ein halbes Jahr nach der Landbesetzung in Sebastia, beschloß die Regierung, neben dem Militärcamp Kadum keine zivile Siedlung zu tolerieren. Die Siedler nahmen den Beschluß nicht ernst. Sie wußten, daß niemand in Israel ihnen wieder wegnehmen konnte, was sie bereits erreicht hatten. Nach 11 Monaten, am 17. April 1977, beschloß die Regierung den Bau einer zivilen Siedlung unweit von Kadum – Kedumim. Ein paar Monate später kam es dann zur großen Wende in der israelischen Politik. Der Likudblock gewann die Parlamentswahlen. Die aktivistische und starke Organisation „Gush Emunim“ hatte wesentlich zu dieser Wende beigetragen und sich dabei von ihren Schutzpatrons in der Arbeitspartei gelöst.

## **Zweites Kapitel – „Der Glaube, der sich als Irrglaube herausstellte“**

Die Freude der Siedler über die politische Wende vom Mai 1977 war groß. „Keine Furcht mehr vor Räumungen, kein endloses Tauziehen mehr um jeden Wassertankcluster“, schrieb der Siedlerführer Meir Harnoi (S. 83). Von Euphorie besessen und davon überzeugt, daß die Geschicke des Landes nun in den Händen von engagierten Freunden liegen würden, machten die Anführer von Gush Emunim Begin bereits zwei Tage nach den Wahlen ihre Aufwartung in seiner Wohnung in Tel Aviv. Sie legten ihm einen detaillierten Plan für die Besiedlung des Westjordanlandes vor, darunter die fast sofortige Errichtung von 12 neuen Siedlungen. Begin machte keine konkreten Zusagen, gab aber zu verstehen, daß er ihre Position unterstützte. Doch wie so oft in der israelischen Geschichte, als der vormalige Oppositionsführer sein neues Amt als Regierungschef antrat und die Last der Verantwortung zu spüren bekam, änderte er seine Rhetorik. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit, anlässlich eines feierlichen Besuchs in Kedumim, stellte Begin klar, daß das Westjordanland nicht annektiert werden dürfe.

Ein weiteres Hindernis für die Ausweitung des Besiedlungsunternehmens war die Haltung der USA. Anlässlich eines Treffens mit Begin machte der damalige amerikanische Präsident Jimmy Carter deutlich, daß sein Land nach wie vor an der traditionellen Politik festhalte, wonach die Siedlungen illegal und ein Hindernis für den Frieden seien (S. 85). Begin beharrte seinerseits auf dem historischen Recht der Juden, sich überall in Eretz Israel niederlassen zu dürfen. Schließlich stimmte Carter der Erweiterung bestehender Siedlungen zu gegen Begins Zusage, die USA nicht zu „überraschen“. Israel baute weitere Siedlungen. Dennoch zeigte der amerikanische Druck eine gewisse Wirkung: Begin lud Chanan Porat zum Gespräch und teilte ihm mit, daß im Winter 1977 nur 6 Siedlungen gebaut würden statt den 12 vom Siedlerplan, und auch in den 6 zu errichtenden Siedlungen werde nur ein Kern von Siedlern zugelassen. Ihre Familien würden in Militärcamps untergebracht. Porat warf Begin vor, sein Versprechen gebrochen zu haben und drohte mit der Wiederaufnahme illegaler Siedlungsaktivitäten. Begin stellte klar, daß solche Siedlungen geräumt würden.

Beide brauchten ihre Drohungen nicht wahr zu machen. Das Besiedlungsunternehmen kam nicht zum Stillstand, es weitete sich aus und nahm dank Ariel Sharon, dem besten Freund der

Siedler, der sich später als ihr bitterster Feind entpuppen sollte, unkontrollierte Züge an. Bei der Regierungsbildung hatte sich Begin geweigert, Sharon das Verteidigungsministerium zu geben und bot ihm statt dessen das weniger wichtige Landwirtschaftsministerium an. Um die bittere Pille zu versüßen, ernannte ihn Begin zusätzlich zum Vorsitzenden des Ministerausschusses für Siedlungsfragen, der von „Sharon als Instrument zur Besitznahme des Westjordanlandes benutzt wurde“ (S. 87). Im Herbst 1977 legte Sharon seinen Besiedlungsplan zuerst dem Ministerausschuß und dann der Knesset vor. Der Plan sah den Bau einer großen Zahl von Siedlungen vor. Als Gründe wurden vor allem „Sicherheit“ und „territoriale Kontrolle“ angeführt. Sharon setzte sich mit voller Kraft für die Erweiterung der jüdischen Besiedlung des Westjordanlandes ein und erfand ein Verfahren zur Umgehung der Regierung auf der Basis der Zionistischen Weltorganisation (WZO), um die zahlreichen Bedürfnisse der Siedlungen zu befriedigen. Die „Methode Sharon“ brachte Dutzende neuer Siedlungen hervor und zwar in atemberaubendem Tempo und ohne jede Rücksicht auf wirtschaftliche oder urbane Erwägungen. Viele Siedlungen aus jener Zeit sind bis heute kleine Siedlungspunkte mit wenigen Dutzend Einwohnern geblieben. Diese Siedlungen haben keine Zukunft und entbehren jeder Existenzgrundlage.

Die späten 1970er Jahre erwiesen sich einerseits als „goldenes Zeitalter“ der Besiedlung des Westjordanlandes, brachten andererseits aber auch schwere Enttäuschungen für die Siedler. Bereits Ende 1977 gab es erste Fortschritte in den Friedensverhandlungen mit Ägypten. Der Besuch Sadats in Israel und die Friedensgespräche in Camp David sorgten in Siedlerkreisen für Aufruhr. Die Siedler witterten Gefahr für die jüdischen Siedlungen auf der Sinaihalbinsel und befürchteten, die Palästinenser könnten Autonomie erhalten. Auch der Intimfreund der Siedler Ariel Sharon hatte sie „verraten“, als er der Räumung von Siedlungen im Sinai zustimmte. „Der Frieden ist den Siedlungen vorzuziehen“, teilte Sharon Begin in einem Telefongespräch während des Aufenthalts des israelischen Premierministers in Camp David mit. Andererseits weitete Sharon seine Tätigkeit zur Besiedlung des Westjordanlandes aus und trotzte der Knesset die Bewilligung für den Bau von drei weiteren Siedlungen innerhalb eines Monats ab, womit Fakten geschaffen werden sollten in Anbetracht des Friedensabkommens, das auch Autonomie für die Palästinenser vorsah. Doch das war den Siedlern nicht genug. Sie sagten der Regierung den Kampf an.

Der Kampf fand an zwei Fronten statt. Im Westjordanland nahm Gush Emunim die bewährte Taktik der illegalen Siedlungsaktivitäten wieder auf. Am 19. September 1978, zwei Tage nach

Abschluß der Friedensgespräche in Camp David, besetzten Siedler Land in Chawara bei Nablus. Drei Tage verharrten die Siedler auf dem Hügelzug, dann ging die Regierung Begin so hart gegen die Siedler vor wie keine andere Regierung zuvor und räumte den Siedlerposten mit Gewalt. Doch die Gush-Emunim-Aktivisten gaben sich nicht geschlagen und unternahmen am 31. Dezember 1978 einen weiteren Landbesetzungsversuch bei Nablus. Diesmal wurden sie an einer Militärsperre aufgehalten und harrten eine Woche lang bei Regen und Kälte am Straßenrand aus. Die unerfreulichen Szenen veranlaßten die Regierung zu dem Beschluß, dem Siedlerkern von Elon Moreh die Bewilligung einer Siedlung in Aussicht zu stellen, und Anfang Juni 1979 fiel die endgültige Entscheidung für die Errichtung einer Siedlung namens Elon Moreh im Zentrum von Samaria.

Zur Errichtung von Elon Moreh wurde palästinensisches Privatland konfisziert. Das war nicht der erste Fall von Landenteignung, und wieder wurden zur Rechtfertigung „Sicherheitsgründe“ angegeben. Doch diesmal weigerte sich das Oberste Gericht Israels, die Rolle des Jasagers zu spielen. Nach fünf Monaten stürmischer Verhandlungen urteilte das Gericht gegen das Sicherheitsargument und ordnete die Räumung von Elon Moreh an. Während ein Teil der israelischen Bevölkerung dem Gericht Verrat am Zionismus vorwarf, betrachtete ein anderer Teil das Urteil als Triumph des israelischen Rechtsstaates. Nach längeren, schwierigen Verhandlungen räumten die Siedler den Ort freiwillig. Nach diesem Gerichtsurteil ging der Staat vorsichtiger vor und versuchte, die Enteignung privaten Landes möglichst zu vermeiden.

Die zweite Front war die Sinaihalbinsel. Hier kamen die Siedler möglicherweise zu spät: Die Mehrheit der Siedler wollte einfach nicht wahrhaben, daß die Regierung Begin fähig sei, Juden aus ihren permanenten Häusern in bewilligten, legalen Siedlungen zu vertreiben. Erst als die Knesset das Friedensabkommen guthieß, wurde Gush Emunim aktiv. Doch bald wurde klar, daß die meisten Bewohner im Sinai sich der Räumung nicht widersetzen würden. Sie waren mehrheitlich bereit, Entschädigung zu akzeptieren und verließen ihre Häuser schon vor der eigentlichen Räumung. Vom Militär gewaltsam geräumt wurden schließlich nur noch aus dem Westjordanland angereiste ideologisch motivierte Siedler. Von den 11 Mitgliedern des Führungsgremiums der Bewegung für die Verhinderung des Rückzugs aus dem Sinai waren nur deren zwei Vertreter ursprüngliche Bewohner des Yamit-Siedlungsgürtels. Beim Rest handelte es sich um Siedler aus dem Westjordanland, unter ihnen auch die Führung von Gush Emunim. Die Organisation machte keinen Hehl daraus, daß sie nicht ernsthaft versuchte, die

Siedlungen des Yamit-Gürtels zu retten, sondern daß es ihr eher darum ging, durch ihren Kampf im Sinai einen Abschreckungseffekt zu erzielen, um die amtierende Regierung und zukünftige Regierungen von der Räumung von Siedlungen im Westjordanland abzuhalten. Gush Emunim erreichte dieses Ziel, wenn auch nur zum Teil: Wie erwartet, erzeugte die gewaltsame Räumung einen vielen Jahre anhaltenden Abschreckungseffekt im Hinblick auf weitere Räumungen. Zudem profitierten die Siedler von ihrem Kampf im Sinai gegen die Regierung noch in weiterer Hinsicht: Einerseits räumte die Regierung Siedlungen im Sinai und andererseits forcierte sie den Siedlungsbau im Westjordanland. „Das Echo der Protestaktivitäten gegen den Rückzug übertönte den Lärm der Baumaschinen, die im Westjordanland ungestört Land für den Bau weiterer Siedlungen ebneten.“

Im Schatten der Vorbereitungen für die Räumung des Sinai und der Räumung selbst entwickelte sich eine der unseligsten Phänomene der Geschichte des Staates Israel – der jüdische Untergrund. Die Hauptursache für dessen Entstehung war offensichtlich ein komplexes Gefühl der Frustration, das auf verschiedenen Ursachen beruhte: einerseits auf der Ohnmacht der Siedler angesichts des von der Regierung beabsichtigten Rückzugs aus dem Sinai und andererseits auf dem arabischen Terror. Die Extremisten unter den Siedlern fühlten sich veranlaßt, angesichts der Vertreibung aus dem Sinai Präsenz und Kontrolle im Westjordanland zu demonstrieren. Zunächst trafen sie sich nur zum Gedankenaustausch und zur Beratung möglicher Handlungsstrategien, doch nach dem brutalen Mord an sechs Talmudschülern im Mai 1980 gingen die Mitglieder des Untergrundes zur Tat über. Ein Monat nach dem Mord verübte der Untergrund Bombenanschläge auf drei palästinensische Bürgermeister und verletzte sie schwer.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Untergrundes stand aber der spektakuläre Plan eines Anschlags auf die Moscheen auf dem Tempelberg in Jerusalem, um die arabische Welt gegen Israel aufzubringen und damit die Umsetzung des Friedensabkommens mit Ägypten zu verhindern. Die Mitglieder des Untergrundes waren nahe daran, ihren Plan in die Tat umzusetzen. Sie beobachteten ihr Ziel und sammelten Informationen. Der „Mega-Anschlag“ wurde jedoch nicht ausgeführt, erstens, weil der Rückzug vom Sinai bereits abgeschlossen war und zweitens, weil es dazu selbst im Untergrund gewisse Vorbehalte gab: Teile des Untergrundes hatten realisiert, daß die Durchführung des Planes Volk und Staat immensen Schaden zufügen würde.

Der jüdische Untergrund wandte sich darauf anderen Zielen zu. Im Verlaufe seines vierjährigen Bestehens verübte er einige brutale Anschläge, darunter je einen Anschlag auf eine arabische Schule und ein College in Hebron. Bei diesem Anschlag starben drei Studenten. Die Sicherheitskräfte kamen dem Untergrund dann bei den Vorbereitungen für einen weiteren Anschlag auf die Spur. Der Inlandgeheimdienst verhaftete zwei Terroristen, nachdem diese Sprengsätze in Autobussen platziert hatten. Dieser Anschlag hätte vermutlich Dutzenden oder sogar Hunderten von Menschen das Leben gekostet.

Den Gerichtsprozeß gegen sie nutzten die Mitglieder des Untergrunds als politische Bühne. Sie bekannten sich offen zu ihren Taten und waren sogar stolz darauf. Mit Hinweis auf den ideologischen Hintergrund plädierten sie gegen ein normales Strafverfahren, ganz im Gegensatz zum Standpunkt ihrer Verteidiger, die „dies als Selbstmord einstufte“ (S. 119). Der Prozeß schlug hohe Wellen in der israelischen Öffentlichkeit und spaltete sie in jene, die die Taten des jüdischen Untergrundes verabscheuten und Scham empfanden und jene, die Verständnis für die Taten und eine gewisse Solidarität mit dem Untergrund zeigten und Amnestie forderten. Sämtliche Richter wurden von der Ausstrahlung der Angeklagten, „diesen guten und tiefgläubigen Menschen“ (S. 124) beeinflusst. Die Strafen waren so mild, daß die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte, worauf das Oberste Gericht das Urteil des Bezirksgerichts scharf kritisierte (die Strafen aber nicht verschärfte). In den folgenden Jahren wandelte der Staatspräsident die Haftstrafen mancher Mitglieder des jüdischen Untergrundes in noch mildere Strafen um. Sehr umstritten war etwa der Beschluß von Staatspräsident Herzog, die lebenslänglichen Haftstrafen dreier wegen Mordes verurteilter Mitglieder des jüdischen Untergrundes zu zehn Jahren Haft umzuwandeln, was konkret bedeutete, daß die Mörder nach weniger als sieben Jahren freikamen (nach Verbüßen von zwei Dritteln der Strafe). Während des Gerichtsprozesses und danach stand die Justiz unter ständigem Druck von Politikern, die Milde für die jüdischen Attentäter forderten.

„Während der [jüdische] Untergrund mit Gewalt gegen Palästinenser vorging, vergriffen sich die Schutzpatrone der Siedler in der Regierung an ihrem Land“ (S. 132). Der Landraub und der Bau von Siedlungen nahmen in den 80er Jahren immer größere Ausmaße an. Eine der Hauptfiguren in diesem Zusammenhang war Prof. Yuval Neeman von der rechtsextremen Techiya-Partei, der 1982 zum Vorsitzenden des Ministerausschusses für Siedlungsfragen ernannt wurde. Neeman war fast obsessiv mit der Erweiterung des Siedlungswerks

beschäftigt, ohne jede Rücksicht auf wirtschaftliche und andere Erwägungen. In weniger als zwei Jahren (bis zum Frühling 1984) bewilligte Neeman den Bau von rund 75 Siedlungen.

Den Auftakt zur Wende in der Haltung der Gesellschaft zu den Siedlungen bildete der Bericht des Staatskontrolleurs von 1983. Gemäß diesem Bericht wurden unter der Likud-Regierung (1977-1982) 103 neue Siedlungen bewilligt gegenüber nur 22 im Jahrzehnt davor. Der Bericht deckte überdies im Detail zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei der Planung und beim Bau von Siedlungen auf und bezifferte deren immense Kosten für den Staatshaushalt. Das in jenem Bericht vermittelte Bild war so düster, daß Knessetabgeordnete von der Likud-Partei einen Gesetzesvorschlag einreichten, der einen sofortigen Baustopp für neue Siedlungen vorsah. Die Urheber des Vorschlags hatten herausgefunden, daß im Entwurf des Staatshaushaltes für das Jahr 1983-1984 250 Millionen Dollar für den Siedlungsbau vorgesehen waren, eine gewaltige Summe für die damalige Zeit. Der Gesetzesvorschlag wurde nicht angenommen, und die Likud-Regierung, deren Tage bereits gezählt waren, führte den Siedlungswahnsinn bis zu ihrem letzten Tag weiter.

Die Abenteuer des Likud, darunter der Libanonkrieg und der „Siedlungswettlauf“, führten Israel in die schlimmste Wirtschaftskrise seiner Geschichte, ein Problem, mit dem sich die 1984 gebildete Rotationsregierung auseinandersetzen mußte. Im Mittelpunkt der Koalitionsverhandlungen stand die Siedlungsfrage. Die ersten zwei Jahre der Amtsperiode dieser Regierung unter Führung der Arbeitspartei waren für die Siedler tatsächlich die magerste Zeit, doch Rabin und Peres distanzieren sich nicht grundsätzlich von den Siedlungen. Ihre Opposition gegen den Siedlungsbau beruhte vor allem auf fiskalischen Argumenten. Die Errichtung neuer Siedlungen und die Erweiterung bereits bestehender Siedlungen dauerte jedenfalls an, wenn auch in langsamerem Tempo. Nach der Rotation wurde die Siedlungstätigkeit unter Yitzchak Shamir wieder beschleunigt, wenn auch die wirtschaftliche Situation den „Siedler-Aktivismus“ nach wie vor beschränkte.

Ein weiterer Schlag für die Siedlungspolitik war der Ausbruch der ersten Intifada 1987. Der palästinensische Volksaufstand, der unter anderem durch die Landnahme, der „schleichenden Besetzung“, ausgelöst wurde, zerstörte den Traum der „Koexistenz“ von Besatzer und Besetzten. Zudem sank die Nachfrage nach Wohnungen [in jüdischen Siedlungen] im Westjordanland und im Gazastreifen aufgrund der Unruhen beträchtlich. Die Siedler empfanden die Intifada zurecht als Bedrohung für ihr Lebenswerk. Die Extremisten unter den

Siedlern traten in die Fußstapfen des jüdischen Untergrundes und organisierten Racheaktionen gegen Palästinenser. Während die Regierung, vom Ausbruch der Gewalt überrascht, mit harter Hand gegen die Palästinenser vorging, zeigte sie sich überaus nachsichtig mit jüdischen Gesetzesbrechern. Der schwere Konflikt mit den Palästinensern prägte das Verhältnis der israelischen Gesellschaft zu den jüdischen Siedlungen und zur Besatzungspolitik ganz allgemein und etablierte eine neue Tagesordnung, die den Frieden mit den Palästinensern zum Hauptziel erklärte. Hierbei ist anzumerken, daß die Intifada die drei Regierungen, die in diesem Zeitraum amtierten (die Rotationsregierung, die Regierung der nationalen Einheit und eine Rechtsregierung, alle drei unter Shamir), nicht daran hinderte, weitere Siedlungen zu bauen und die bestehenden Siedlungen zu erweitern, gegen den Widerstand der amerikanischen Regierung. Dies führte zu einer beispiellosen Krise in den Beziehungen zwischen Israel und den USA, doch die Siedlungen waren [Israel] offensichtlich wichtiger.

### **Drittes Kapitel – „Krieg um jeden Hügel“**

Das dritte Kapitel befaßt sich mit dem relativ kurzen Zeitabschnitt von sieben Jahren, in deren Verlauf drei Regierungen amtierten: zwei Linksregierungen und eine Rechtsregierung. Am Anfang gehen die Autoren ausführlich auf den Anschlag in der Höhle der Patriarchen in Hebron ein – auf den brutalen Mord an 29 arabischen Gläubigen durch den Siedler Dr. Baruch Goldstein aus Hebron. Der abscheuliche Mord, der in der Geschichte des jüdischen Volkes seinesgleichen sucht, verschaffte der israelischen Regierung die Gelegenheit, die „problematische“ jüdische Siedlung in Hebron zu evakuieren. Die Autoren werfen der Regierung vor, sie hätte sich den Siedlern gebeugt und diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen. Die Erwähnung des Massakers in Hebron ist natürlich legitim in einem Buch, das der Siedlerbewegung gewidmet ist, doch im vorliegenden Fall haben es die Autoren völlig an Objektivität fehlen lassen. Der arabische Terror, der zu jener Zeit trotz Friedensprozeß andauerte und Goldsteins Racheakt provozierte, wird mit keinem Wort erwähnt. Auch im weiteren Verlauf des Kapitels wird der palästinensische Terror ignoriert, obwohl es sich um einen wesentlichen Bestandteil der damaligen Realität handelte.

1992 wurde zum ersten Mal seit 1977 eine Regierung ohne Beteiligung von Siedlern oder ihrer Verbündeten gebildet. Die extreme Rechte trug, nach Ansicht der Autoren, Mitschuld an

der Niederlage des Likud, da Listen wie jene der Tehiya-Partei und die Liste von Rabbi Levinger an der Sperrklausel gescheitert waren und damit Stimmen für die Rechte verloren gingen, die nötig gewesen wären, um die Bildung einer Koalition von Arbeitspartei und Meretz zu blockieren. Die Siedler reagierten auf diese schwere Niederlage mit Bestürzung und sagten der neuen Regierung und ihrer Politik den Kampf an. Dieser Kampf äußerte sich, unter anderen, durch äußerst eklatante Formen von Hetze, die zunehmend gegen Ministerpräsident Yitzchak Rabin persönlich gerichtet war. Die extreme Rechte benutzte nicht selten Begriffe wie „Verräter“ oder „Verfolger“. Rabin, für seine tiefe Abneigung gegen „ideologische“ Siedlungen und den Siedlerwahnsinn bekannt (obwohl er für Siedlungen war, „die der Sicherheit dienen“) fand in seiner Sturheit keine gemeinsame Sprache mit den Siedlern und wurde zu deren Erzfeind. Die Hass- und Hetzwelle führte schließlich zum Undenkbar in Israel, zum Mord an einem Ministerpräsidenten.

Man kann nicht behaupten, daß sich Rabin und seine Regierung nicht vor den Siedlern gefürchtet hätten. Sie fürchteten sich vor ihnen, sie hatten Angst und versuchten auch zu beschwichtigen. Die Bautätigkeit in den Siedlungen dauerte unter Rabin an, auch staatliche Gelder flossen weiter in die besetzten Gebiete. Paradoxe Weise schien sich der Ausbau der Siedlungen durch den Friedensprozeß sogar leicht zu beschleunigen: erstens, weil „Fakten geschaffen werden“ mußten, um Einfluß auf die endgültige Regelung des Konflikts zu nehmen; zweitens, weil die mentalen Hemmungen gefallen waren: Ganz nach folgendem Motto: Wenn wir uns schon auf dem Weg zum Frieden befinden, dann dürfen wir da und dort auch noch bauen. Wir werden ohnehin später darüber verhandeln. Die Regierung Rabin hinterließ 14.000 projektierte neue Wohneinheiten in den Siedlungen. Davon befanden sich in seiner Amtszeit bereits 4.000 im Bau. Vertraute von Rabin erzählten, dessen Furcht vor den Siedlern sei der Hauptgrund für die Bevorzugung der Verhandlungen mit den Palästinensern gegenüber Verhandlungen mit Syrien gewesen: Eine Friedensregelung mit Syrien hätte die sofortige Räumung von Siedlungen auf den Golanhöhen bedeutet, während die Palästinenser die Siedlungen [auf ihren Gebieten] noch tolerierten (Tatsache: Von 1993 bis heute wurde keine einzige Siedlung geräumt).

Doch wie erwähnt, die Gesten gegenüber den Siedlern konnten weder Rabins Leben noch seine Regierung retten. Wer den Appetit der Siedler nicht völlig befriedigt, kann nicht mit ihrer Unterstützung rechnen. Im Vorfeld der Wahlen von 1996 suchten Peres, Beilin und andere Vertreter der Linken das Gespräch mit den Siedlern. Es kam zu Verhandlungen mit

dem gemäßigten Teil dieser Bevölkerungsgruppe, angeführt von deren bekannten Vertreter Yoel Bin-Nun. In der resultierenden Verständigung verpflichtete sich Peres, keine einzige Siedlung zu räumen und Jerusalem nicht zu teilen. Das Abkommen löste in Siedlerkreisen einen Sturm der Entrüstung aus und wurde als Verrat verschrien. Yoel Bin-Nun und seinen Leuten gelang es nicht, dem Lager von Shimon Peres eine bedeutende Zahl von Siedlerstimmen zuzuführen.

Doch die Prophezeiung von Bin-Nun, daß der Kandidat der Rechten, Benjamin Netanyahu, in den Verhandlungen mit den Palästinensern weniger standhaft sein werde, erwies sich als richtig. Netanyahu, der Liebling der Siedler, der in den Wahlen von 1996 die Mehrheit ihrer Stimmen erhielt, war gezwungen, schmerzhaft Kompromisse einzugehen und wurde schließlich von der Rechten zu vorgezogenen Wahlen gezwungen und abgewählt. Trotz seiner Rückzüge auf diplomatischer Ebene bemühte sich Netanyahu was die Fakten am Boden anbetraf um die Festigung des Siedlungswerks. In seiner Amtszeit kam es in der Zone C, die gemäß Osloer Abkommen allein unter israelischer Verwaltung stand, zu einem beispiellosen „Wettlauf um das Land“. Es ging darum, im Hinblick auf die endgültige Regelung des Konflikts möglichst viel Land unter eigene Kontrolle zu bringen durch die Erweiterung bestehender Siedlungen mit allen möglichen Mitteln, durch Zuteilung von „Landwirtschaftsflächen“, Einzäunung von Umland, Straßenbau und die Errichtung neuer Viertel.

Bei diesem Unternehmen zogen Regierung und Siedler am selben Strang: Während der Staat bestehende Siedlungen erweiterte, brachten die Siedler noch unbesetztes Staatsland unter ihre Kontrolle. Zwischen 1996 und 1999 wurden mehr als 500 Verfahren wegen Vordringen auf Staatsland eröffnet, die jedoch eingestellt wurden. In Justizkreisen wurden Vorwürfe gegen die Regierung laut, kein Interesse an der Verfolgung solcher Gesetzesverstöße zu haben. Die Ära der illegalen Außenposten hatte begonnen.

Im Osloer Abkommen war Israel nicht dazu verpflichtet, den Siedlungsbau einzufrieren, sondern nur auf Schritte zu verzichten, die den permanenten Status kompromittieren könnten. Trotzdem sorgte der Ausbau der Siedlungen bei den Palästinensern für Unbehagen und Unverständnis. Damit wurde Öl aufs Feuer des Terrors gegossen und in der palästinensischen Öffentlichkeit der Eindruck des Stillstands im Friedensprozeß sowie Zweifel an der Aufrichtigkeit von Israels Absichten erweckt, ein Gefühl, das im Jahre 2000 in Form der

„zweiten Intifada“ zum Ausbruch kam. Die schwierigste Konflikt in Netanyahus Amtszeit im Zusammenhang mit der Siedlerfrage war der Bau des neuen Jerusalemer Viertels bzw. der neuen Siedlung Har Choma, der trotz amerikanischem Druck und trotz Appellen der palästinensischen Führung demonstrativ und zur Beschwichtigung der Siedler realisiert wurde.

Netanyahu ist ein pragmatischer Mann. Als er erkannte, daß ein weiterer Landverzicht zugunsten der Palästinenserautonomie, wie im Osloer Abkommen vorgesehen, unausweichlich war, willigte er nach Verhandlungen in Wye Plantation ein. Rechte Kreise zeigten sich tief enttäuscht über Netanyahu und brachten seine Regierung zu Fall, nicht ohne vorher noch zu versuchen, die Übergabe der Gebiete durch rasche Landnahme zu verhindern. Auf beispiellose Art rief der damalige Außenminister Ariel Sharon nach der Unterzeichnung des Wye-Memorandums die Siedler öffentlich dazu auf, die Hügel von Judäa und Samaria unter ihre Kontrolle zu bringen. Nachdem der Zerfall der Regierung begonnen hatte, erhielten die Siedler völlig freie Hand, und ungehindert konnten Dutzende von neuen illegalen Außenposten entstehen: Netanyahu war in den bevorstehenden Wahlen auf die Stimmen der Siedler angewiesen.

Die Wahl von Ehud Barak im Jahre 1999 sorgte bei den Siedlern für gemischte Gefühle. Einerseits hatten die Siedler zum Sturz der Regierung Netanyahu beigetragen, andererseits fürchteten sie die Bildung einer Linksregierung. Zu Beginn von Baraks Amtszeit machte es den Anschein, als ob die Chemie zwischen ihm und den Siedlern mehr oder weniger stimmte. „Er ist nicht wie Rabin“, hieß es, „er hat von Fehlern gelernt“. Barak sprach zwar von seinem speziellen emotionalen Verhältnis zur Erde des Westjordanlandes und des Gazastreifens und zeigte Verständnis für die Not der Siedler. Dennoch war er als Führer des linken Lagers dem Friedensprozeß verpflichtet. Insofern war der Konflikt mit den Siedlern unausweichlich.

Nur fünf Monate nach der Wahl sagten die Siedler Barak den Kampf an wegen dessen Absicht, sich des von Netanyahu geerbten Problems der 42 Außenposten anzunehmen. Diese Außenposten waren teils völlig illegal. Die wütenden Reaktionen der Siedler und deren Bereitschaft, sich der Räumung zu widersetzen, veranlaßten Barak zu Verhandlungen: Die Siedler mußten sich zur freiwilligen Räumung von nur 10 Außenposten verpflichten. Davon waren 4 unbewohnt. Doch nicht einmal diese Verpflichtung wurde eingehalten. Der Widerstand der Siedler gegen die Räumung des – immer noch existierenden und inzwischen

wieder bewohnten –Außenpostens Chawat Maon, wurde zum Symbol ihres Kampfes. Neben der Bekämpfung der Außenposten führte Barak, wie alle seine Vorgänger, den Ausbau der Siedlungen weiter. In seiner Amtszeit wuchs die Bevölkerung der Siedlungen um mehr als 12%.

Auch bei den Friedensgesprächen in Camp David war die israelische Haltung von Rücksicht auf die Siedler und vom Bemühen geprägt, die Siedlungen fast um jeden Preis zu erhalten. Einer der Gründe für das Scheitern der Verhandlungen war die sture Haltung Baraks in der Grenzfrage: Er beharrte darauf, mindestens 80% der Siedler unter israelischer Hoheit zu belassen. Dementsprechend weigerte er sich, Ariel und die Jordansenke zu räumen. Den Siedlern selbst war das natürlich noch nicht genug. Rechte Kreise führten eine Delegitimationskampagne gegen Barak. Die letzten Monate der Regierung Barak waren von chaotischen Demonstrationen und einer neuen Hetzwelle begleitet. Sehr bald kam auch die Gewalt der zweiten Intifada hinzu, die von Teilen der israelischen Bevölkerung als Terrorkrieg eingestuft wird, als berechneter palästinensischer Versuch, Israel in die Knie zu zwingen und von anderen Teilen als spontane Volkserhebung, geboren aus Enttäuschung, Not und Verzweiflung. Die letzten verzweifelten Bemühungen Baraks um ein Friedensabkommen wurden von den Wahlen unterbrochen, aus denen sein Kontrahent Ariel Sharon als Sieger hervorging.

#### **Viertes Kapitel – „Die Vorreiter des Messias“**

Dieses Kapitel behandelt die ideologischen Wurzeln von Gush Emunim sowie deren öffentliche und politische Tätigkeit. Als ideologische Basis von Gush Emunim dient vor allem die Lehre von Rabbi Kook sen. (Abraham Yitzchack Hachohen Kook) und von Rabbi Kook jun. (Zvi Yehuda Kook). Diese Ideologie, die als „extremer religiöser Zionismus“ bezeichnet werden kann, betrachtet den Zionismus, die jüdische Nationalbewegung und den Staat Israel sowie dessen Institutionen als Teil des göttlichen Planes der Erlösung des Landes Israel und als Vorbereitung für den Messias. Daher die Kapitelüberschrift „Die Vorreiter des Messias“: Der religiöse Zionismus erachtet es als seine Pflicht, die Ankunft des Messias aktiv zu beschleunigen, d.h. durch öffentliche, militärische und politische Tätigkeiten sowie durch die Besiedlung des Landes. Damit unterscheidet er sich vom antizionistischen Judentum, das im Zionismus eine „Versündigung gegen Gottes Plan“ sieht. Die Kookisten achten den säkularen

Zionismus und den säkularen Staat insofern, als sie sie als von Gott gelenkt erachten. Deshalb messen die religiösen Zionisten dem Militär und militärischen Handlungen, nicht zu Verteidigungs-, sondern vor allem zu Offensivzwecken, zur Eroberung von Gebieten, große Bedeutung bei.

Einige Anführer von Gush Emunim stammen ursprünglich aus dem semilegalen Kreis junger Talmudschüler der Talmudschule „Gachelet“ (Abk. für Kerngruppe Tora studierender Pioniere) in Kfar Haroeh. Die Suche nach ideologischer Autorität hatte sie in die Merkas-Ha-Rav-Talmudschule in Jerusalem unter Rabbi Kook jun. geführt. Von der kookistischen Interpretation des Staates als Instrument Gottes leitet sich auch die Idee ab, daß die Institutionen des Staates legitim und zu respektieren sind, solange sie sich auf dem „richtigen“ Weg befinden. Anderenfalls handelt der Staat gegen seinen Auftrag und verliert die Daseinsberechtigung. Gesetz, Demokratie und Volkswille sind völlig bedeutungslos, da der politische und öffentliche Bereich nur als Instrument zur Verwirklichung der göttlichen Vision betrachtet wird. Gush Emunim betrachtet sich als dazu berufen, diesen göttlichen Willen zu interpretieren und als oberster Richter über das Verhalten der Regierung zu wachen. Kommt die Regierung vom rechten Weg ab, sind im Kampf gegen sie alle Mittel erlaubt, inkl. Gesetzesverstöße und sogar Gewalt. Dies ist eine „Ideologie des totalen Illegalismus“.

Gush Emunim wurde erst 1974, sieben Jahre nach der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens, in der Not gegründet, als die Friedensgespräche mit Ägypten begannen und sich die Möglichkeit territorialer Kompromisse abzeichnete. Gush Emunim gewann seither stets im Kampf an Bedeutung und verschwand wieder von der Bühne, wenn kein unmittelbarer Anlaß mehr zum Kampf bestand. Zu den Gründern von Gush Emunim zählen Beni Katzover, Menachem Felix, Chanan Porat, Rabbi Levinger und andere. Die Bewegung kennt keine offizielle Mitgliedschaft. Dies ermöglichte ihr, den Umfang der Unterstützung für ihre Erklärungen übertrieben darzustellen. Gush Emunim war stolz auf den nicht institutionalisierten, freiwilligen und überparteilichen Charakter der Bewegung. Neben den Siedlungsaktivitäten organisierten Gush-Mitglieder umfangreiche Protestaktionen gegen Henry Kissingers Pendeldiplomatie. „Vom ersten Tag an sah sich Gush Emunim als Vorreiter, Mahner und Anführer des ganzen Volkes und war felsenfest überzeugt von der Richtigkeit seines Weges, im Glauben, im Besitze der einzigen Wahrheit zu sein“ (S. 269).

Für Gush-Emunim war der internationale Status Israels und sein Verhältnis zu anderen Staaten kein Wert an sich. Im Gegenteil: Die Gush-Ideologie beruht zum Teil auf dem Standpunkt, daß Israel in der Welt allein und isoliert dasteht, also als Volk mit Feinden und ohne Freunde. In diesem Zusammenhang wirft die Ideologie von Gush Emunim dem säkularen Zionismus vor, das Volk Israel zu einem „Volk wie jedes andere“ machen zu wollen. Das Volk Israel dürfe nicht ein Volk sein wie jedes andere, sondern müsse ein „Licht der Heiden“ sein, ein besonderes, auserwähltes Volk, ein Volk, deren Interessen höchste Werte darstellen.

In der Ideologie von Gush Emunim war freilich kein Platz für die Rechte und Würde der Palästinenser. Diese wurden in der Regel als eine Art nicht-menschliches Hindernis betrachtet, ein Hindernis, das Gott dem Volk Israel zur Prüfung in den Weg stellte, und Teil des besagten göttlichen Planes war. Dieses Hindernis war, gemäß dieser Ideologie, schließlich zum Verschwinden verurteilt. Gewisse Gush Emunim-Aktivisten vertraten zwar scheinbar „humanere“ Positionen, erwähnten die Rechte der Araber und die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz, doch zu diesen Rechten zählten sie weder das Recht auf Selbstbestimmung noch die Autonomie. Die „Humanisten“ versuchten, Besatzung und Koexistenz miteinander in Einklang zu bringen bzw. eine Formel für gute Beziehungen zwischen Herrscher und Beherrschten, zwischen Besatzer und Besetzten zu finden.

Eine andere Kombination war bei Gush Emunim bereits Wirklichkeit: die Verbindung zwischen messianischer, überstaatlicher, fundamentalistischer und archaischer Ideologie, einerseits und meisterhafter Beherrschung des gesamten Instrumentariums moderner Politik, andererseits. Die Anführer von Gush Emunim entpuppten sich als Meister des politischen Lobbying und nutzten die Machtkämpfe im Staat äußerst geschickt für ihre Zwecke. Sie führten illegale Aktionen durch, übten sich in Drohungen und Erpressungen, und dennoch gelang es ihnen, ihre Legitimität zu bewahren. Sämtliche Tore im Staat standen ihnen offen, Politiker umwarben sie und fürchteten sich gleichzeitig vor ihnen. Bei Gush Emunim wußte man auch, wie man mit den Medien umgeht und war eine Zeit lang sogar deren Liebling.

Die innere Debatte über die politische Tätigkeit von Gush Emunim ist so alt wie die Organisation selbst. Soll man eine überparteiliche Bewegung bleiben, sich als Partei konstituieren oder ein Bündnis mit einer anderen Partei eingehen, um die Vorgänge im Staat auf dem normalen demokratischen Weg zu beeinflussen? Schließlich ging Gush Emunim

nicht in die Politik, obwohl einige ihrer Anführer wie etwa Chanan Porat in die Knesset gewählt wurden. Andererseits gab es durchaus Parteien, die die Weltanschauung von Gush Emunim verkörperten. Am meisten verband Gush Emunim mit der Tehiya-Partei. Einer der Gründe für die Entscheidung, nicht in die „konventionelle“ Politik zu gehen, mag die Befürchtung gewesen sein, dadurch die tatsächliche Popularität der Ideologie von Gush Emunim in der breiten Öffentlichkeit bloßzulegen. Chanan Porat hat einmal gesagt, er wolle nicht, daß die Kraft von Gush Emunim an der Anzahl Parlamentssitze gemessen werde. Das Schicksal von Parteien wie Tehiya oder der Partei von Rabbi Levinger bestätigen die Befürchtung der Führung von Gush Emunim: Tehiya gewann zweimal nur drei Sitze, und scheiterte bei den Wahlen von 1992 an der Sperrklausel. Die Partei von Rabbi Levinger erhielt 1992 nur 6.000 Stimmen. Der faktische Einfluß von Gush Emunim auf verschiedenen Ebenen der israelischen Politik war also übertrieben im Vergleich zum Wählerstimmenpotential der von ihr verkörperten Ideologie. Ein Grund für den Erfolg von Gush Emunim war, daß es der Bewegung gelang, sich in der Öffentlichkeit als Nachfolger der legendären Pioniere der Gründergeneration darzustellen und damit die Sympathien zahlreicher Politikern und Intellektueller zu gewinnen, die Gush Emunim als Alternative zur materialistischen bürgerlichen Gesellschaft empfanden.

Den ersten Tiefpunkt erlebte Gush Emunim ausgerechnet nach Begins Wahlsieg von 1977. Neben einer freundlich gesinnten Regierung, die selbst in abenteuerlichem Tempo Siedlungen baute, blieb Gush Emunim ohne Herausforderung. Zwar fiel in diese Zeit der Kampf um Elon Moreh und der Widerstand gegen den Rückzug aus der Sinaihalbinsel, dennoch schien die Glanzzeit von Gush Emunim bereits vorbei. Gush Emunim überließ das Feld den offiziellen Besiedlungsinstitutionen und anderen Siedlerorganisationen – dem Siedlerrat „Yesha“ [Akronym aus „Judäa“, „Samaria“ und „Gaza“] und sowie der Organisation „Amana“. Dennoch: In Zeiten, in denen sich Gefahr für die Siedlungen abzeichnete wie etwa zur Zeit des Osloer Abkommens erwachte Gush Emunim zu neuen Leben. Die Autoren sehen auch in den derzeitigen Ereignissen im Vorfeld der einseitigen Entflechtung den ideologischen Einfluß von Gush Emunim, wenn nicht gar Anzeichen aktivistischer Tätigkeit von Mitgliedern dieser Organisation. Noch hat diese amorphe und schattenhafte Organisation möglicherweise nicht ausgedient.

## **Fünftes Kapitel – „Auf den Ruinen von 1929“**

Die Toten, die Opfer spielen eine wichtige Rolle in der Weltanschauung der Siedler. Man kann sagen, daß die jüdische Besiedlung der besetzten Gebiete ihren Ursprung bei den Toten hat. Die Gruppe unter Führung von Rabbi Levinger, die nach Hebron gekommen war, um sich trotz gegenteiliger Verpflichtung dort niederzulassen und die Gründung von Kiriat Arba bewirkte, begründete ihren Anspruch auf Niederlassung in Hebron nicht zuletzt mit den Begebenheiten von 1929, d.h. mit dem Massaker an jüdischen Einwohnern in Hebron während des arabischen Volksaufstandes von 1929. Dieses Massaker paßte nicht zum Narrativ des säkularen Zionismus: Die Opfer von Hebron hatten sich nicht zu verteidigen versucht, sondern sich ihren Mördern einfach ausgeliefert. Dies war das pure Gegenteil des zionistischen Wunschbilds des starken Juden, der fähig ist sich selbst zu verteidigen. Dem religiösen Zionismus war das Motiv des Massakers von 1929 dagegen durchaus willkommen: Die Opfer von Hebron galten als Märtyrer, deren Tod nach Ausgleich verlangt. Das Massaker von damals bekräftigte das ohnehin als selbstverständlich erachtete Recht der Juden, in Hebron zu siedeln.

Der Märtyrertod ist ein integraler Bestandteil des Siedlerethos. Die Siedler sind stolz auf ihr Dasein in ständiger Lebensgefahr und stets bereit, ihr Leben und das Leben ihrer Kinder zu opfern. Von einem Reporter gefragt, weshalb sie ihren kleinen Sohn auf einer Straße spielen lasse, die im Schußfeld von Heckenschützen liege, meint Anat Cohen aus Hebron: „Auf jeden von uns wartet dort eine Kugel. Du kannst jederzeit sterben. Wenigstens wird er (der Sohn) ein Märtyrer sein“ (S. 340). Der ideologische Wahnsinn geht so weit, daß sich die Siedler manchmal weigern, ihre Häuser zu umzäunen oder sich vom Militär bewachen zu lassen. Man lebe schließlich im eigenen Land Eretz Israel. Es sei unwürdig sich abzuschirmen. So verhalten sich beispielsweise die Bewohner der illegalen Außenposten, die nicht zögern, auch ihre Kinder in die Wohnwagen mitzunehmen, die ohne jede Absicherung nahe bei feindseligen palästinensischen Dörfern aufgestellt sind. Der Siedler Nathanel Oseri, der einen solchen Außenposten bewohnte und sich weigerte, sich vom Militär bewachen zu lassen, starb bei einem Anschlag, bei dem auch seine kleine Tochter verletzt wurde.

Jedes Opfer in den besetzten Gebieten festigt unsere dortigen Wurzeln, sagen die Siedler und meinen damit keineswegs den emotionalen Aspekt: Schon die Beisetzung wird zum bedeutungsvollen Akt: Die Siedler versuchen, die Opfer von Anschlägen neben ihren Wohnorten beizusetzen, auch wenn dort kein eigentlicher Friedhof existiert, denn jüdische

Gräber sind nur schwer zu evakuieren. Zudem dienen die Toten manchmal als Faustpfand für Verhandlungen. Als beispielsweise die zweijährige Shalhevet Pas von einem palästinensischen Heckenschützen aus dem Hebroner Viertel Abu Sneina tödlich getroffen wurde, forderte die Familie des Opfers als Bedingung für die Beisetzung die Wiederbesetzung des arabischen Viertels durch das Militär. Die Leiche blieb eine Woche lang unbegraben, das tote Kind ein Faustpfand der Siedler von Hebron. Eine originelle Methode der Siedler, den Tod ihrer Angehörigen zu vergelten – war die Errichtung einer neuen Siedlung, eines neuen Viertels oder eines neuen Außenpostens. Diese Methode machte auch Schule in der Politik. 1988 versprach [der damalige Premierminister] Yitzchak Shamir nach dem Tod der Siedlerin Tirza Porat bei einem Anschlag zur Beschwichtigung der Siedler die sofortige Errichtung von zwei neuen Siedlungen. Wenige Stunden nach der Ermordung von Mitgliedern der Familie Zur aus Beit El im Jahre 1996 und vor deren Beerdigung forderten die Siedlerführer bei einem Treffen mit Verteidigungsminister Yitzchak Mordechai die sofortige Gründung eines neuen Viertels in Beit El als „angemessene zionistische Reaktion“ (S. 359). Mordechai antwortete verblüfft: „Zuerst muß man doch die Toten begraben“.

In den Augen des extremen Flügels der Siedler werden nicht nur Mordopfer zu Märtyrern, sondern auch Mörder. Der Mörder Baruch Goldstein wurde von diesen Kreisen posthum zum Held erklärt und sein Andenken wird seither verehrt. Am Grab von „Baruch, dem Mann“, „dem wahren jüdischen Helden“ entwickelte sich ein eigentlicher Goldstein-Kult. Goldsteins „Vermächtnis“ wird bis heute gepflegt. Um das von den Goldsteinverehrer errichtete „Mausoleum“ zu entfernen, war die Verabschiedung eines speziellen Gesetzes nötig, das die Errichtung von Gedenksteinen für Terroristen untersagte, doch das Pilgern zum Grab und der Personenkult um Goldstein dauert an. Für viele Siedler war das Massaker eine gerechte „Schließung des Kreises“ für die Ereignisse von 1929.

### **Sechstes Kapitel – „Partner in einer Sache“**

Das sechste Kapitel behandelt die Beziehungen zwischen der israelischen Armee und den Siedlern. Dieses Verhältnis war stets eng (da es sich um besetzte Gebiete unter militärischer Verwaltung handelt), wenn auch nicht immer positiv und einfach. Lange Zeit betrachteten viele Politiker und Militärs die Siedler als Partner des Militärs, als Teil des staatlichen Verteidigungskonzepts. Dieser den „Sicherheitswert der Siedlungen“ betonende Standpunkt

wurde ausgerechnet von Vertretern der Arbeitspartei entwickelt, vor allem von Minister Yigael Alon, doch deren eigentlicher Ursprung liegt bei den Pioniersiedlungen „Choma uMigdal“ („Mauer und Turm“) der 1930er Jahre. Diese Methode mag vor der Staatsgründung gerechtfertigt gewesen sein, als es noch keine regulären Streitkräfte gab, doch seit Regierung, Armee und Zivilgesellschaft vorhanden sind, erscheint das Konzept des von Bürgern mitgetragenen Verteidigungssystems äußerst fragwürdig und verantwortungslos, ja sogar barbarisch.

Ob die Siedler dem Militär tatsächlich eine große Hilfe waren, ist fraglich. Sicher ist, daß das Militär den Siedlern auf verschiedene Arten behilflich war, angefangen von der Bewachung von Siedlungen und bis zur Unterstützung bei der Landbesetzung. Die israelische Armee hat als höchste Gewalt in den besetzten Gebieten das Recht, Land zu Sicherheitszwecken unter seine Kontrolle zu bringen. Von diesem Recht machte das Militär sporadisch Gebrauch und vertrieb dabei manchmal auch die ansässige Bevölkerung, aus „Sicherheitsgründen“, wie es hieß. Später wurden dann auf diesen Gebieten jüdische Siedlungen errichtet. Noch öfter wurde eigens für die Errichtung von Siedlungen Land konfisziert. Kamen solche Fälle vor Gericht, pflegten hohe Offiziere über den Sicherheitswert der Siedlungen auszusagen. Dieses Argument wurde vom Zivilgericht, wohlgerneht das Gericht eines demokratischen Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, jeweils gebilligt, mit wenigen Ausnahmen. Eine solche Ausnahme war der Fall Elon Moreh (1974): Zwei ehemalige hochdekorierte Offiziere, Chaim Bar-Lev und Matti Peled, hatten den Mut, das Sicherheitsargument zu widerlegen. Doch auch in der Wirklichkeit zeigte sich nicht selten, daß zivile Siedlungen eine Belastung für die Sicherheit waren und nicht umgekehrt. Beispielsweise während des Jom-Kippur-Krieges benötigte die israelische Armee ein großes Truppenkontingent, um die Bewohner der Golanhöhen unter syrischem Feuer zu evakuieren. Auch in den beiden Intifadas erforderten die Siedlungen besonderen Schutz und nicht umgekehrt. In der zweiten Intifada änderte sich sowohl das Image als auch das Selbstverständnis der Siedler endgültig – vom Sicherheitsgarant zum Schutzbedürftigen, zum Opfer.

Lange Zeit genossen die Siedler den Ruf von furchtlosen Pionieren und echten Zionisten und somit auch die Sympathie der breiten Öffentlichkeit. Auch zahlreiche Politiker und Militärs wurden von den Siedlern in ihren Bann gezogen. Als beliebte, gut organisierte und politisch einflußreiche Gruppe wurden die Siedler auch entsprechend umworben. Beim Militär hatte man dieses Kräfteverhältnis schnell begriffen. Der Zorn der Siedler war leicht erregt. Ein

kleiner Fehler genügte, und schon wurde das Militär vom Freund zum Feind. Die Siedler zögerten nicht, Droh- und Verleumdungskampagnen gegen Militärkommandanten zu inszenieren, mit denen die Zusammenarbeit nicht klappte. Solche Kampagnen hatten jeweils Folgen für die Karrieren der betreffenden Kommandanten. Beispielsweise 1991 gelobten Siedler, Ehud Barak, damals Kommandant des Zentralabschnitts, zu „liquidieren“, da er sich weigerte, einen Marsch der Siedler am Unabhängigkeitstag zu bewilligen. Ein paar Jahre später schickten die Leute von Rabbi Levinger dem Kommandanten des Zentralabschnitts Ilan Biran einen Brief mit folgender Drohung: „Ihre Karriere im Militär wird hier enden, wie die Karriere von Amram Mitzna“.

Ein gutes Beispiel für die ambivalente Beziehung zwischen dem israelischen Militär und den Siedlern war die Räumung der Siedlungen im Sinai und der illegalen Außenposten. An einem Tag bietet das Militär den Bewohnern von Siedlungen Schutz vor äußeren Angriffen und andere Hilfe, und am nächsten Tag hat er Befehl sie zu evakuieren. Das Militär und das Verteidigungsministerium trugen wesentlich zur raschen Vermehrung der Außenposten in der Ära Oslo bei. Wie aus mehreren Berichten des Staatskontrolleurs zum Thema hervorgeht, haben Amtsträger wie etwa der Assistent des Verteidigungsministers für Siedlungsfragen mit ihrer Hilfe für Außenposten nicht selten gegen das Gesetz verstoßen. Ein weiteres Beispiel: Das Militär ist einerseits verantwortlich für die Sicherheit der Siedler und wird andererseits mit Ausschreitungen und Gewalttaten von Siedlern gegen Palästinenser konfrontiert. Dabei muß es sich Beschimpfungen gefallen lassen bzw. auch physischen Widerstand niederkämpfen.

Der religiöse Zionismus betrachtet den Militärdienst, jedoch nicht immer die militärische Disziplin, als zentralen Wert. In den letzten Jahren stieg der Anteil der religiösen Soldaten beträchtlich, besonders auf den unteren Befehlsrängen, vom Oberstleutnant abwärts, eine Tendenz, die sich vor allem in den Kampfeinheiten bemerkbar macht. Zusammen mit den paramilitärischen „Einheiten der Raumverteidigung“, die sich nur aus Siedlern zusammensetzen, bilden die religiösen Soldaten in disziplinarischer Hinsicht einen problematischen Block. Religiöse Soldaten können mit folgendem Dilemma konfrontiert sein: Wem gehorchen, den Befehlen des Kommandanten oder Gottes Geheiß? Die Gefahr der Dienstverweigerung, die das Militär derzeit zu spüren bekommt, ist nicht neu: Halachische Urteile, die Soldaten dazu aufrufen, Räumungsbefehle zu verweigern, gab es schon zur Zeit

der Auseinandersetzungen um Elon Moreh und danach im Vorfeld des Rückzugs aus dem Sinai und in der Ära Oslo.

### **Siebtes Kapitel – „In Eretz Israel ist alles erlaubt“**

Die Besetzung des Westjordanlandes hat eine besondere völkerrechtliche Situation geschaffen. Grundsätzlich ist Israel als Unterzeichner der Genfer und der Haager Konvention verpflichtet, diese auch auf die besetzten Gebiete anzuwenden. Doch der rechtliche Status der besetzten Gebiete war bereits vor der israelischen Besetzung sehr ungewöhnlich: Der Gazastreifen stand unter ägyptischer Kontrolle, wurde aber von Ägypten nicht annektiert, ganz im Gegensatz zum Westjordanland, das von Jordanien besetzt und anschließend annektiert wurde, eine Annexion, die außer Großbritannien und Pakistan kein Staat anerkannte. Israel stellt sich im Gegensatz zur Weltmeinung bis heute auf den Standpunkt, daß die vierte Genfer Konvention weder für das Westjordanland noch für den Gazastreifen gilt. Auf freiwilliger Basis wendet Israel dagegen die „humanitären Paragraphen“ der Konvention von Israel faktisch auf die besetzten Gebiete an. Da dort jedoch unter anderem das Verbot des Bevölkerungstransfers vom Land des Besatzers auf das besetzte Land fehlte, stand der jüdischen Besiedlung des Westjordanlandes und des Gazastreifens nichts mehr im Weg.

Vor dem Sechstagekrieg beruhten die Gesetze im Westjordanland auf „drei Rechtsschichten“: auf dem ottomanischen Recht, dem Mandatsrecht und dem jordanischen Recht. Nach der Besetzung durch Israel kamen vier weitere Schichten hinzu: das Militärrecht, das internationale Recht und das israelische Verwaltungsrecht [erwähnt sind nur drei – der Übersetzer]. Diese Mischung von sieben verschiedenen Rechtssystemen schuf ein juristisches Unikum. Für Recht und Ordnung war nun das Militär zuständig. Die israelische Armee hatte bereits einige Erfahrung im Umgang mit ihr unterstellter Zivilbevölkerung – erst 1966 war die Militärverwaltung für die arabisch-israelische Bevölkerung nach 18 Jahren abgeschafft worden – und auch die Militärstaatsanwaltschaft war schon vorbereitet: Seit 1961 wurden Vorbereitungen für die Möglichkeit getroffen, daß Israel eines Tages das Westjordanland kontrollieren könnte.

Im Rahmen einer Ausnahmeregelung aus humanitären Gründen erhielten die Palästinenser ein Klagerecht beim Obersten Gerichtshof Israels gegen den Staat Israel. Theoretisch gewährte der Oberste Gerichtshof den Palästinensern damit einen gewissen Rechtsschutz. In der Praxis weist die Rechtssprechung jedoch eine lange Reihe von Urteilen zugunsten des Staates auf, darunter solche, die der Landbesetzung den Stempel der Legalität aufdrückten. Wegweisend in dieser Beziehung war das Urteil in der Berufungsklage von Beduinen aus Pitchat Rafiach im Sinai. Die Kläger waren vom Militär unter dem Vorwand der Sicherheit (Bildung einer Pufferzone gegen terroristische Infiltration) von ihrem Territorium vertrieben worden. Das Oberste Gericht hieß die Darstellung des Militärs gut und wies die Klage ab. Wenig später wurden in jener Region dann jüdische Siedlungen errichtet. Das Oberste Gericht funktionierte hier als Glied im Prozeß der Landenteignung für Siedlungszwecke und machte sich damit zum Komplizen des Militärs. Ebenfalls bekannt ist der Fall Beit El. Palästinenser klagten gegen die Enteignung ihres Landes für den Bau der Siedlung Beit El. Der Staat vertrat den Standpunkt, daß eine zivile Siedlung an jenem Ort für die Verteidigung des Staates unerlässlich sei und verwies auf den Präzedenzfall Pitchat Rafiach. Der Anwalt der Kläger Rechtsanwalt Churi legte seinerseits dar, daß die Region, aus der die Kläger stammten, im Gegensatz zu der von terroristischer Aktivität heimgesuchten Region Pitchat Rafiach, ruhig und friedlich sei. Richter Vitkin wies diese Behauptung zurück mit überaus origineller Begründung: „Es gibt keine bessere Medizin gegen Krankheiten als sie im Keime zu ersticken“ (S. 458).

Die Wende kam 1994 mit dem berühmten Urteil des Obersten Gerichts im Fall „Elon Moreh“ (siehe vorangegangenes Kapitel). Ausschlaggebend war neben den Zeugenaussagen von hohen Militärs, dem ehemaligen Generalstabchef Bar-Lev und dem Reservegeneral Matti Peled, wonach Elon Moreh keinerlei Wert für die Sicherheit darstelle und eher das Gegenteil der Fall sei, die Aussage von Menachem Felix, einem Anführer der Siedler. Felix beantragte, sich der beklagten Partei anzuschließen, und seinem Gesuch wurde stattgegeben. Felix gilt in Siedlerkreisen als äußerst integre Persönlichkeit. Dieser Charakterzug kam auch in seiner schriftlichen Erklärung zum Ausdruck: Unabhängig davon, welche Begründung der Staat benutze, ob Sicherheit oder andere Argumente, er und seine Freunde, so Felix, hätten sich am Ort „auf Gottes Geheiß“ niedergelassen. An ein partnerschaftliches Verhältnis mit der Justiz gewöhnt, nahmen die Siedler das Urteil des Obersten Gerichts dann mit Bestürzung auf. Nach diesem Prozeß enthielt sich der Staat weiterer Landenteignungen für Siedlungszwecke.

Ein Ausweg, um neues Land für Siedlungen zu erschließen, war jedoch rasch gefunden. Land, das sich weder in Privatbesitz befand noch von Palästinensern landwirtschaftlich genutzt wurde, galt neu als „Staatsland“, obwohl das Westjordanland und der Gazastreifen gar nicht zum israelischen Staatsgebiet gehörten. Für das Aufspüren von Staatsland war die Leiterin der Zivilabteilung in der Staatsanwaltschaft, Plia Albeck zuständig, eine religiöse Juristin und begeisterte Anhängerin der Siedler. Albeck hatte sich in den 1980er Jahren ein ganzes Jahrzehnt lang pausenlos dem Aufspüren von Staatsland in den besetzten Gebieten gewidmet. Das war das goldene Zeitalter der Siedlungen. Da das israelische Gesetz in den besetzten Gebieten nicht zur Anwendung kam, fand Albeck einen Absatz im ottomanischen Gesetz aus dem Jahre 1858, wonach Brachland, das sich nicht in Privatbesitz befand, als „Land des Sultans“ galt, nur daß an des Sultans Stelle nun der demokratische und aufgeklärte Staat Israel trat. Albeck betonte häufig, daß die Likud-geführte Regierung den Rechten der Palästinenser weit mehr Rechnung trage als die Regierungen der Arbeitspartei, da sie kein privates Land konfisziere. Statt Privatland wurde nun aber in großem Maßstab jenes Land beschlagnahmt, das die Landreserven des palästinensischen Volkes darstellte. Während sie das palästinensische Individuum zu respektieren vorgab, existierte das palästinensische Volk für Albeck nicht. Albeck wurde erst 1993 nach einer Reihe von skandalösen Rechtsgutachten entlassen. Zum Beispiel in einem Gutachten zu einer Schadenersatzklage eines Palästinensers, dessen Frau von israelischen Soldaten erschossen worden war, schrieb Albeck, der Kläger habe keinerlei Schaden erlitten. Das Gegenteil sei der Fall, da er nun nicht mehr für seine Frau sorgen müsse.

In den besetzten Gebieten entwickelten sich zwei Rechts- und Ordnungssysteme: eines für Palästinenser und ein anderes für die Siedler, die israelischem Recht unterstellt waren. Dieser Zustand sorgte für Verzerrungen und Diskriminierung: So konnte ein Palästinenser bis zu acht Tagen festgehalten werden ohne Haftverlängerung durch den Haftrichter, ein Siedler nur 24 Stunden. Doch selbst das vergleichsweise milde israelische Gesetz wurde kaum je angewandt. Der 1982 erschienene Karp-Bericht über die Durchsetzung von Recht und Ordnung in den besetzten Gebieten deckte die völlige Machtlosigkeit der Polizei gegenüber den Siedlern bei Straftaten gegen Palästinenser auf. Die Empfehlungen des Berichts wurden nicht umgesetzt, dessen Autoren dafür von Siedlern mit Kritik und Drohungen überhäuft.

Bei der Strafverfolgung zeigte sich die Justiz Siedlern gegenüber, die Gewalttaten gegen Palästinenser verübt hatten, äußerst wohlwollend. Von 1988-1992 endete von 14 Prozessen,

in denen Siedler der Tötung von Palästinensern angeklagt waren, nur einer mit einem Mordurteil. Ein Siedler wurde wegen Totschlags verurteilt und sechs weitere Siedler wegen fahrlässiger Tötung. Die Strafe von Yoram Shkolnik, der wegen Mord zu – gesetzlich vorgeschriebener – lebenslänglicher Haft verurteilt worden war, wurde vom damaligen Staatspräsidenten Ezer Weizman zweimal verkürzt. Nach nur sieben Jahren Haft war Shkolnik wieder in Freiheit. Beim Fall Nissan Ishgoyev, der in erster Instanz wegen Totschlag nur zu einem halben Jahr Sozialdienst verurteilt worden war, ging die Staatsanwaltschaft in Berufung, worauf die Strafe vom Obersten Gericht neu auf drei Jahre Gefängnis festgesetzt wurde (die Höchststrafe für Totschlag liegt bei 20 Jahren Gefängnis). Ein Anführer der Siedler, Pinchas Wallerstein (heute Präsident des Regionalrates der Benjamin-Region), wurde wegen fahrlässiger Tötung zu nur 4 Monaten Sozialarbeit verurteilt.

Die vermeintlich unabhängige Justiz kann sich den Entwicklungen und Tendenzen in der Gesellschaft aber offensichtlich nicht entziehen. Die geänderte Haltung zu Besatzung und Siedlungen schlug sich auch in der Gerichtspraxis nieder. Ein sehr gutes Beispiel ist das einschneidende Urteil des Obersten Gerichts vom Juni 2004 zum Sperrwall. Das Oberste Gericht urteilte gegen wesentliche Abschnitte der „Ummantelung Jerusalems“ wegen unverhältnismäßiger Schädigung der Palästinenser. Das Gericht ließ die Sicherheitsargumente zwar gelten, kam jedoch zu dem Schluß, daß das Verhältnis zwischen Sicherheitsgewinn und Schaden für die betroffene palästinensische Bevölkerung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletze. Aufgrund dieses Urteils kündigte der Staat an, den Verlauf des Sperrwalls mehrheitlich neu zu planen.

### **Achtes Kapitel – „Glocken der Apokalypse“**

Die zweite Intifada, die unlängst noch die Schlagzeilen beherrschte und den Alltag der israelischen Bürger wesentlich und auf schreckliche Art mitbestimmte, ist, obwohl eigentlich noch nicht zu Ende, bereits Geschichte, die Erforschung und Aufklärung bedarf. Wie sind wir in einen solchen Abgrund der Gewalt geraten, der mehr als tausend Opfer auf israelischer Seite und mehr als dreitausend Opfer auf palästinensischer Seite gefordert hat? Hat Israel das Unglaubliche geschafft und den Terror mit militärischen Mitteln bezwungen? Wohin führt der Weg beider Völker von diesem Punkt? Was wird mit den Siedlungen geschehen?

Daß der Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Sharon [auf dem Tempelberg] der Auslöser der Intifada war, ist bekannt. Doch nach traditioneller offizieller israelischer Lesart, die im Vorfeld der damaligen Wahlen sowohl vom Ministerpräsidenten als auch von seinem Herausforderer und Oppositionsführer verbreitet wurde, war der demonstrative Besuch Sharons nur ein Vorwand für den von der palästinensischen Führung von langer Hand geplanten gewalttätigen Aufstand. Der historischen Wahrheit willen muß man eingestehen, daß es auf diese Frage keine eindeutige Antwort gibt, sondern nur Indizien und widersprüchliche Standpunkte. Die Buchautoren geben jedoch eindeutig den Palästinensern recht, die die Verantwortung für den Ausbruch der Intifada allein Sharon zu schreiben. Es ist zu bedauern, daß dieser Abschnitt gegen Ende des Buches den Eindruck der Einseitigkeit noch verstärkt, der den Leser durch den ganzen Text hindurch begleitet. Andererseits muß man den Autoren recht geben, wenn sie schreiben, daß es klare Warnungen zur Gefahr des Besuches von Sharon auf dem Tempelberg und zu dessen parteipolitischen Motiven gegeben habe (Sharons schlechtes Abschneiden in parteiinternen Umfragen und der Wunsch, seine Chancen auf den Likud-Parteivorsitz gegenüber seinem Rivalen Netanyahu zu verbessern).

Die Siedler fanden sich wie bereits in der ersten Intifada mitten im Schlachtfeld wieder, bedroht und Mordanschlägen ausgesetzt. Ein Teil der Siedlergemeinschaft schlug zurück: In jener Zeit stieg die Zahl der gewalttätigen Aktionen von Siedlern gegen Palästinenser drastisch. Zudem verschlechterten sich die Beziehungen zwischen dem Militär und den Siedlern, die dem Militär Tatenlosigkeit vorwarfen. Andererseits nahmen die Siedler mit Befriedigung den Zusammenbruch des Friedensprozesses und später die Wiederbesetzung des Westjordanlandes im Laufe der Aktion „Schutzwall“ zur Kenntnis. Die schreckliche Gefahr der Räumung von Siedlungen, die unter Barak noch so nahe schien, war gebannt. Die Siedler nutzten den anhaltenden Konflikt, der anderen Angelegenheiten in den Nachrichten nicht viel Raum ließ, zur Errichtung zahlreicher weiterer illegaler Außenposten. Die Taktik war seit der Ära Oslo dieselbe geblieben: Zuerst wurde versucht, durch Verhandlungen möglichst viel herauszuholen unter Verzicht auf ein paar unbewohnte Siedlungsposten, d.h. im vornherein zu Verhandlungszwecken konzipierte „Scheinsiedlungen“, und versuchte die Regierung trotzdem einen bewohnten Siedlungsposten zu räumen, wurde er mit allen möglichen Mitteln verteidigt, inklusive Gewalt gegen die Sicherheitskräfte – das Ziel: möglichst schmerzhaftes Räumungsszenen zu produzieren. Bis heute ist jede israelische Regierung im Kampf gegen die Außenposten, die den Palästinensern mehr und mehr Land wegnehmen und den Friedensprozeß untergraben, gescheitert.

Mitten in der Intifada, angesichts der hohen Opferzahlen und der unerträglichen Atmosphäre der Angst beschloß die Regierung Sharon mit mindestens einjähriger Verspätung den Bau eines „Trennzauns“. Der Zaun hat sich seither als effektive Sicherheitsmaßnahme erwiesen und könnte als reine Sicherheitsanlage gelten, würden durch dessen Verlauf nicht große Teile des Westjordanlandes faktisch zu Israel geschlagen. Ursprünglich hätte die Sperranlage viel näher an der grünen Linie verlaufen sollen, doch die Regierung gab in dieser Frage dem Druck der Siedler nach. Die Siedler hatten sich zunächst mit aller Kraft gegen die Idee des Sperrwalls gestellt, da sie darin die Bildung einer Staatsgrenze erkannten, die das Schicksal der besetzten Gebiete endgültig besiegeln würde. Doch die Idee war in der terrorgeplagten israelischen Öffentlichkeit derart populär, daß ihre Umsetzung nicht mehr aufgehalten werden konnte. Nach intensiver interner Diskussion beschloß die Siedlerführung schließlich, sich dem Bau des Sperrwalls nicht mehr zu widersetzen, sondern nun zu versuchen dessen Verlauf zu beeinflussen. Mit Hilfe ihres immensen politischen Einflusses und unter Ausnutzung des Opferimage gelang es den Siedlern, den Sicherheitszaun in einen Annexionszaun zu verwandeln, der mit größten Schikanen für den Alltag der Palästinenser verbunden sein sollte. Der Imageschaden für Israel war gewaltig. Eine Mischung aus innerem und internationalem Druck sowie mutige Urteile des Obersten Gerichts zwangen die Regierung zur Ankündigung, der Verlauf der Sperranlage werde geändert und verlaufe in Zukunft entlang der grünen Linie.

Bei der Niederschrift dieses Buch war das Schicksal des Entflechtungsplanes noch ungewiß. Für den Fall der Umsetzung erwartete man von den Siedlern besonders heftige Reaktionen bis hin zu bewaffnetem Widerstand. Inzwischen können wir große Fortschritte bei den Verhandlungen mit den Siedlern feststellen. Mit vielen Siedlern wurde eine Einigung erzielt, und die Gefahr des Bürgerkrieges scheint vorläufig gebannt. Wie Akiva Eldar und Idit Zertal aber zu Recht feststellen, sind Sharons Absichten unklar, und es ist durchaus möglich, daß der Ministerpräsident hofft, mit dem Rückzug aus Gaza die Kontrolle über die Westbank zu zementieren.

Zum Abschluß möchte ich noch eine Prognose wagen. Das Schicksal der Besatzung ist meines Erachtens auf historischer Ebene bereits besiegelt. Das düstere Kapitel der Besatzung und der illegalen und amoralischen jüdischen Siedlungen, die dem Staat Israel und der israelischen Öffentlichkeit in mancherlei Hinsicht, wirtschaftlich, moralisch, außenpolitisch und was das Ansehen des Staates betrifft, schwer geschadet haben, ist fast zu Ende. Das Buch

„Die Landesherren“, das etwas zu früh, noch vor dem endgültigen Ende der Siedlungsgeschichte, erschienen sein mag, liest sich als tiefschürfender, schöner und über weite Strecken auch fairer Abgesang auf das israelische Abenteuer „Siedlungen“.

Arkadi Mezin